

23

Die jungen Leute zwischen 40 und 60, die am 27. September in Deutschland auf dem rot-grünen Weg in der goldenen neuen Mitte der politischen Schaltzentrale angekommen sind, haben Kultur bewiesen. Sie haben gelernt, wie man Parteitagsauftritte inszeniert, Wahlsiegsbegeisterungsmanöver choreografiert, sie haben gelernt, sich in Anzügen aus den Häusern der besten europäischen Schneider zu bewegen und unauffällig die Jacke aufzuknöpfen, bevor man grüssend oder jubelnd die Arme hoch reisst, damit die Jacke dabei nicht unnötig hochrutscht. Und sie haben einen Staatsminister für Kultur in ihrer Mitte, ein Novum bundesdeutscher Politik.

Es ist viel von Modernisierung der Gesellschaft die Rede und davon, ob und warum Kultur auch einen Platz in dieser modernen Gesellschaft habe. Der Staatsminister für Kultur mischt sich ein: Neue Einsichten in die Debatte um das geplante Holocaust-Mahnmal und den Wiederaufbau des Berliner Schlosses sind zu vernehmen, man kämpft gegen die EU um den Erhalt der Buchpreisbindung. Es sieht ganz so aus, der neue Minister wolle Kultur zu einem nationalen Thema machen. Seine Freunde an der Macht träumen von „Normalität“, sie wollen, dass Deutschland eine Nation unter Nationen sei, ohne die quälenden historischen Stigmata des zu Ende gehenden Jahrhunderts länger mit sich herum tragen zu müssen. Manche wünschen sich Schlussstriche und den Nachbarn in Ost und West einen unbefangeneren Umgang mit der gemeinsamen Geschichte. Damit neue Geschichte geschrieben werden kann.

Hebt mit der „Berliner Republik“ die Restaurierung repräsentativen nationalen Bewusstseins an, entsteht in Deutschland die Nationalkultur einer neuen Mitte? Der Staatskulturminister, als er vor ein paar Tagen am Theater Basel zu Besuch war: „Meine Einflussmöglichkeiten sind gering - sie sollten auch nicht grösser sein“. Das ist verständlich, denn der Mann hat nicht wirklich Macht mit seinen für deutsche

Verhältnisse wenigen hundert Mitarbeitern und dem Etat von etwas mehr als 4 Milliarden D-Mark. Unter Helmut Kohl gab es keinen Minister, aber ungefähr genau so viel Geld und eine Kulturpolitik, die seit der Vereinigung von DDR und BRD 1990 Milliardenbeträge zur „Übergangsfinanzierung der Kultur“ in den neuen Bundesländern zur Verfügung stellte und sich damit den Zorn zweier so unterschiedlich regierter Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern auflud: Man drohte mit Verfassungsklage. Denn in Deutschland ist - wie in der Schweiz - Kultur nicht Sache des Bundes, sondern der kleineren Einheiten, hier der Kantone, dort der Länder und Städte.

In Deutschland träumt man von der Normalität unter den Völkern und wünscht sie sich im Zeichen eines kulturellen Nationalbewusstseins. Was wäre, würde auch hierzulande der Bund auf den Gedanken kommen, Kultur zu seiner Sache zu machen? Die letzten Versuche in dieser Richtung sind gescheitert. Für immer? Waren es ultimativ die letzten? Aber welche Kultur wäre gemeint? Eidgenössische Nationalkultur ist eine Chimäre, die niemandem zu wünschen ist. Das Tableau einer deutsch-welsch-rätoromanischen Tessinerschweiz zeigt uns eine eierlegende Wollmilchsau auf satter Heidi-Wiese. Damit wollen wir nichts zu tun haben. Wenn eine Regierung sich aber eines Themas annimmt, wittert die Klientel Geld. Das ist in Deutschland so, wo die Museen, Filmemacher, Literaten und Theaterleute jetzt auf den neuen Minister hoffen, das wäre in der Schweiz so. Ich stelle mir vor, dieses Land beschliesst einen Verfassungsartikel für Kultur, und dann gehen wir alle nach Bern und halten die Hand auf. Wir sehen die Herren aus Zürich vorfahren, dort hat man zwar schon viel Geld, will aber auch künftig in internationale Repräsentationskultur machen, wir sehen die Herrschaften aus Luzern, dem neuerdings ultimativen Musikmekka des Landes, aus Genf, der internationalsten Stadt, aus Lugano, der südlichen Kapitale, und natürlich aus Basel, obwohl man dort vor allem Fussball spielt und früher ein bedeutendes Klassisches Ballettensemble hatte. Ich stelle mir das so vor wie ein Arrangement von Carl Spitzweg. Da steht der Direktor des zuständigen Bundesamtes auf einem Bundeshausbalkon und giesst die Blümchen in den grünen Kästen ringsum. - Sicherlich würde dem Direktor dieses Amt zuallerletzt behagen.

Ist es also gut, wenn alles so bleibt, wie es ist? Keine Alternative zur (mehr oder minder) ausschliesslich kommunalen Kulturpolitik? Die Chancen für mehr und anderes als regionale Unabhängigkeit (und regionale Verlorenheit) Gemeinden und Kantone in Sachen Kultur und bissige Verteilungshändel um die zusätzlichen Bundesbrocken, die meist nur mit Segnungen aus der Giesskanne abgekühlt werden können, stehen vielleicht gar nicht schlecht. Denn die wirkliche Modernisierung der Gesellschaft findet nicht besonders in Deutschland oder in Berlin statt, sondern weltweit und zunächst ohne das aktive Zutun der einen oder anderen Regierung. Man wird die Lage erkennen und seine Konsequenzen daraus ziehen müssen, politisch, auch wenn es nicht ins Parteiprogramm passt: Die Herausforderungen des Jahrhunderts, auf dessen Schwelle wir stehen, sind Globalität und Multikulturalität. Schon heute sind nicht nur die Manager von Novartis und UBS, sondern wir alle global players: Wir surfen im Internet, kommunizieren per E-mail, rufen vielleicht zum Boykott gegen Shell auf, weil Oelbohrinseln im Atlantik versenkt werden sollen, haben Freunde in Russland oder Brasilien, die uns näher stehen als Leute, denen wir im Alltag begegnen. Zugleich etablieren sich mitten unter uns fremde Kulturen, aus Nah- oder Fernost, Afrika, Lateinamerika. Ihre Präsenz wächst, ihr Eindringen in die europäischen Gesellschaften nimmt zu. „Deutschland den Deutschen“ oder „Die Schweiz den Schweizern“ ist endgültig unmöglich geworden, und es hängt nicht einmal mehr vom Willen einer politischen Bewegung, einer Partei oder einer Regierung ab, dass diese Entwicklung unumkehrbar geworden ist.

Vor dem Hintergrund von Globalität und Multikulturalität nehmen sich die Normalisierungsversuche der deutschen Regierung sehr altbacken aus: Wir wollen ein ganz normales Volk sein unter den Völkern, mit unserer eigenen, unbefangenen Nationalkultur. Wie schade! Man bedient sich eines antiquierten Kulturbegriffes, dem zufolge Kultur Grenzziehung ist, kollektive, nationale Verfassung, nach innen gerichtet. Diese Kultur sagt „wir“ und schliesst die anderen aus. Sie soll identitätsstiftend sein und nationales Selbstbewusstsein fördern. Von welchem nationalen Selbstbewusstsein aber kann da die Rede sein, wenn das Land von stetig wachsenden ethnischen Minderheiten bewohnt wird, die schon ein Achtel der Bevölkerung ausmachen, wenn der grösste Teil der 16 Millionen Ostdeutschen noch immer zu verstehen gibt, in der BRD nicht zuhause zu sein? Die moderne

Gesellschaft wird Identität nicht mehr im Koordinatensystem von Volksliedern und Goetheziten definieren können, sie wird eine offene Gesellschaft sein, in der sich die unterschiedlichsten nationalen, ethnischen, kulturellen Identitäten gegenseitig durchdringen und durchmischen. Nicht alles wird immer gleicher, im Zeichen von McDonalds und Chrysler-Benz, sondern alles wird immer differenzierter, unübersichtlicher. Das einzige, was wir noch gemeinsam haben werden, ist, dass wir uns voneinander unterscheiden und trotzdem gelernt haben, miteinander zu kommunizieren. Eine Nationalkultur hat da keine Chance mehr.

Und deshalb stünde der Schweiz eine gesamtstaatliche Kulturpolitik. Nicht, um ein paar Brösmeli zu verteilen und auch nicht - wie in Deutschland nötig wäre - um sich von der zarten Hysterie einer neuen Nationalidee zu befreien, sondern, weil Multikulturalität, kulturelle Heterogenität und Globalität in diesem Lande weiter fortgeschritten sind als anderwo. Es geht nicht um kulturelle Selbstfeiern und die innenpolitische Bestätigung, wie weit man es doch gebracht habe, es geht darum, präsent zu sein und den Universalismus der Differenz (Richard Wilk) als den Kern kulturellen Bewusstseins anzunehmen. Kulturpolitik als Innen- und Aussenpolitik, als Bestandteil von Weltkultur-Innenpolitik. Helvetische Präsenz unter den Stimmen der Völker, nicht, damit daraus eine Stimme werde, sondern um sich in der globalen Polyphonie von Kulturen zu behaupten. Durch die eigene heterogene Kultur mit den anderen kommunizieren - sie ist die Interpretation eines neues Weltbürgertums. Neuerdings werden Datennetze entwickelt, die in der Zeit, die ein Pfeil zum Spalten eines Apfels benötigt, den gesamten Shakespeare in zweihundert Sprachen von New York nach Omaha transportieren können. Kommunikation ist kein Prozess mehr, sondern ein Zustand.

Will die Schweiz an dieser Kultur teilhaben? Ist sie nicht mit ihrer Gleichzeitigkeit von mehreren einheimischen und vielen fremden Kulturen ein unschuldiges Abbild, Wunschbild der offenen Gesellschaft universaler Differenz? Wenn dem so wäre, wenn dem so sein könnte, dann dürfte eine gesamtstaatliche Kulturpolitik dafür sorgen, dass anderen Gesellschaften davon Notiz nehmen. Sie dürfte Künstler und Künste pflegen, nicht so sehr, in dem sie ihnen zuhause die Betriebskosten bezahlt, das müssten schon die Kantone weiter machen, sondern sie auf die Reise, in den

Diskurs mit den anderen schickt. Noch sind es etwa zunächst und vor allem deutsche Theater, die Christoph Marthalers heimlich-überrumpelnd neue Theatersicht entdeckten, und das deutsche Goethe-Institut, das seine Arbeiten um die Welt schickte und den Schweizer Künstler in ein europäisches Phänomen verwandelte. Ob in Zukunft solche Verwandlungen auch von Bern ausgehen könnten?

Michael Schindhelm